Der oberschlesische Wanderer.

Oberschlesische Zeitung.

Diese Zeitung erscheint werktäglich Nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis beträgt in Gleiwitz frei ins Haus oder bei Abholung in den Ausgabestellen mit Sonntagsblatt monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk., ohne Sonntagsblatt abgeholt wöchentlich 15 Pfg., bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,80 Mk.

Anzeigen in diese Zeitung werden die 5spaltige Grundzeile oder deren Raum mit 15 Pfg., die Empfehlungszeile mit 50 Pfg., die Kundtextertheilung durch die Geschäftsstelle mit 40 Pfg. berechnet. Belegs- oder einzelne Nummern des Blattes werden für 10 Pfg. abgegeben.

Amtliches Blatt für Bekanntmachungen der städtischen Behörden von Gleiwitz.

Die Vierteljahrs-Abnehmer dieser Zeitung erhalten allsonntäglich das „Illustrirte Sonntagsblatt" als Beilage.

Nr. 62. Fernsprechruf Gleiwitz, Wanderer. Gleiwitz, Mittwoch, den 16. März 1898 Fernsprechanschluß Nr. 16 des oberschl. Industriebezirks. 71. Jahrgang.

Tages- und Geschichtskalender.

A. S.-U.	16. März.	M.-U. M.-U.
U. 5.51 U.		2.55 U. 10.38 U.

Friedr. Wilhelm III. erklärt Napoleon den Krieg. — 1856 Ludwig Napoleon, Sohn Napoleons III., geb.

Bestellungen auf den „Oberschl. Wanderer"

für das 2. Vierteljahr

werden entgegen genommen von sämmtlichen Postanstalten, sowie in Gleiwitz und in Zabrze durch unsere Vertreter.

Der Bezugspreis beträgt vorauszahlbar bei der Post oder im ganzen Stadtgebiete von Gleiwitz frei ins Haus, sowie in Zabrze

vierteljährlich 1.80 Mark.

Probenummern überallhin kostenfrei.

Verlag des „Oberschlesischen Wanderers"

Baurath Franzius über Kiautschau.

Den Bericht des Hafenbau-Direktor Geheime Marine-Baurath Franzius in Kiel über das Ergebniß seiner im Sommer 1897 vorgenommenen Untersuchung der Kiautschaubucht erstattet hat, entnehmen wir Folgendes: „Der Verfasser bezeichnet das Klima der Provinz Schantung als das gesundeste in ganz China. Die Hitze ist im Sommer zwar groß, aber die Trockenheit der Luft läßt sie leichter ertragen. Im Winter tritt Frost und Schneefall ein, doch friert die Bucht niemals zu. Nur die Watten, insbesondere auf der Nordwestseite sind nach Auslage der Bevölkerung bisweilen mit Eis überzogen. Der Schiffahrt erwächst daraus kein Hinderniß. Ihrer Form und ihrer Größe nach und auch bezüglich auf die Ebbe- und Fluthverhältnisse hat die Kiautschau-Bucht Aehnlichkeit mit dem Jadebusen. Der Untergrund besteht fast ausschließlich aus Sand.

Die Umgebung der Bucht ist nach Norden und Westen sehr stark bewaldet. An der Süd- und Ostseite weniger. Im allgemeinen gehört Schantung zu den bevölkertsten Provinzen Chinas. Das Volk ist so fleißig, anspruchslos, harmlos und schmutzig wie an allen Küstenflächen Chinas, an denen Europäer noch wenig gewesen sind. Es zeigt sich aber daraus nicht abweisend oder mißtrauisch. An der Nordseite der Bucht ist Europäer noch wenig bekannt. Der von uns nach der Bucht betriebene Handel und Verkehr ist z. Z. sehr gering.

Die Frage: Entspricht die Kiautschaubucht den zu stellenden Anforderungen? beantwortet Franzius bejahend. Die nöthige Sicherheit und Bequemlichkeit in Bezug auf Ansegelung und auf das Einlaufen sind unzweifelhaft vorhanden. Die Bucht bietet eine ausgedehnte, genügend geschützte, jederzeit eisfreie Rhede von hinreichender und auch nicht zu großer Wassertiefe mit gutem Ankergrunde. Die durch Wasserläufe der Bucht zugeführten Sandmassen lassen sich leiten und verwenden, daß sie den brauchbaren Wasserflächen nicht schaden, den Watten aber nützen. Der Baugrund ist überall gut. Baumaterial ist theilweise in der Nähe vorhanden (Stein, Sand, vielleicht auch Kalk); Eisen, Holz, Cement u. s. w. müssen, wie in allen chinesischen Seehäfen, zu Schiff herangebracht werden. Trinkwasser läßt sich durch Brunnen oder Wasserleitung schaffen. Die Verbindung mit dem Hinterlande ist durch Straßen und Eisenbahnen ohne erhebliche Schwierigkeit herstellbar. An Arbeitskräften fehlt es nicht. Die Ufer der Bucht haben eine Ausdehnung, die eine Entwicklung in größtem Maßstabe zuläßt. Es fehlt lediglich der nöthige Schutz, um in Sicherheit jederzeit das Löschen und Beladen der Schiffe sowie alle diejenigen Arbeiten vornehmen zu können, derentwegen die eigentlichen Häfen angelegt werden müssen, und es kommt daher schließlich nur noch darauf hinaus, an den hierfür geeignete Punkte zur Herstellung eines Hafens — sei es für die Zwecke der Marine und des Handels — zu wählen.

Ueber die wirthschaftliche Bedeutung der Kiautschau-Bucht heißt es unter anderem: Darüber sind sich die meisten Deutschen in China einig, daß, wenn ein Punkt an der chinesischen Küste als Ausgangspunkt für die Entwicklung deutscher Interessen durch Bau von Eisenbahnen, Ausbeutung von Minen und Förderung des Handels sich eignet, dies die Kiautschau-Bucht ist, weil man dort einen ganz neuen Theil Chinas und zwar einen sehr bevölkerten aufschließen und den Verkehr nicht nur aus der Provinz Shangtung, sondern auch aus weiteren Gebieten dorthin leiten könnte. Der große Werth der Provinz Shangtung wird in China überall betont. Sie gilt als reich an Kohlen und allerlei Erzen. Dem deutschen Handel würde es nicht schwer fallen, von hier sich weiter auszubreiten. Wenn es ferner gelänge, durch Minen-Konzessionen in der Nähe befindliche Kohlenlager aufzuschließen, was auch im Interesse der deutschen Kriegsschiffe sehr wünschenswerth wäre, so würde das vermuthlich hinreichen, den Keim für eine spätere gute Entwicklung des Platzes zu legen.

Deutsches Reich.

Berlin, 14. März 1898.

— Während die Ankunft des Prinzen Heinrich in Kiautschou durch den mehrwöchigen Aufenthalt, den die „Deutschland" in Hongkong zu nehmen gezwungen ist, wieder erheblich hinausgerückt erscheint, will das Londoner Bureau Dalziel bereits von Schwierigkeiten erfahren haben, welche in Peking wegen des Empfanges des Prinzen durch den Kaiser von China entstanden sein sollen. Das genannte Bureau meldet, daß der Kaiser, der niemals Besucher stehend empfange, dies auch beim Empfang des Prinzen Heinrich zu thun ebenso verweigerte, wie er es ablehne, den Prinzen und dessen Suite in einem seiner Palais als Gäste aufzunehmen. Wir brauchen nach allem, was über die Zuverlässigkeit des Bureaus Dalziel bekannt geworden ist, kaum hinzuzufügen, daß diese Meldung mit der größten Vorsicht aufzunehmen ist.

— Fürst Bismarck begeht in der preußischen Armee, der er als Generaloberst der Kavallerie und Chef des Kürassier-Regiments v. Seydlitz (Magdeb.) Nr. 7 angehört, am 25. März d. J. sein sechzigjähriges Dienstjubiläum. Er ist am 25. März 1838 als Einjährig-Freiwilliger beim Garde-Jägerbataillon in Potsdam eingetreten und am 26. März 1839, nachdem er vorher zur 2. Jäger-Abtheilung nach Greifswald versetzt war, als Unteroffizier zur Reserve entlassen. Am 12. August 1841 wurde er zum Sekonde-Lieutenant der Landwehr-Infanterie befördert und am 14 August 1842 zur Landwehr-Kavallerie versetzt. 1854 rückte er im 7. schweren Landwehr-Reiter-Regiment zum Premier-Lieutenant, 1859 zum Rittmeister und 1861 zum Major auf. Am 20. September 1866 wurde er unter Ueberspringung der Oberstlieutenants- und Oberstenchargen Generalmajor, bei der Kaiserkrönung in Versailles Generallieutenant und am 22. März 1876 General der Kavallerie. Am 20. März 1890 wurde er zum Generalobersten ernannt.

— Abendkost im Heere. Ueber die neu eingeführte Abendkost der Soldaten sind u. a. folgende Vorschriften erlassen: „Als Morgen- und Mittagskost sollen stets warme Speisen verabreicht werden; als Morgenkost dienen Suppe oder Kaffee, als Mittagskost warme Speisen in verschiedener Zusammensetzung, die Abendkost kann unter Umständen, namentlich im Sommer und an Festtagen, aus kalten Speisen bestehen, welche schon bald nach dem Mittagessen zur Ausgabe gelangen. An Sonn- und Feiertagen sowie noch längern, über die Mittagszeit hinaus dauernden Uebungen ist es auch zulässig, statt getrennter Mittags- und Abendkost eine entsprechend verbesserte Mittagskost auszugeben. Die Vorgesetzten sollen ganz besonders darüber wachen, daß den örtlichen und klimatischen Verhältnissen sowie der Geschmacksrichtung der Mannschaften nach Möglichkeit Rechnung getragen wird. Der Nährwerth des auf den Mann entfallenden täglichen Kostsatzes soll mindestens viermal im Jahre auf Anordnung des Kommandeurs durch den Oberstabs- oder Stabsarzt geprüft werden."

— Leben und leben lassen. In Quedlinburg hat kürzlich die Stadtvertretung die Gehaltsordnung der Lehrer festgestellt und zugleich eine Erhöhung der Gehälter der Gemeindebeamten vorgenommen. Der Stadtverordnete Traeger knüpfte hieran die folgenden beherzigenswerthen Worte: „Die genannten Beamtenklassen sind in ihren Einkommensverhältnissen derartig gestellt, daß sie ein ausreichendes Einkommen haben, sie sind auch für ihr späteres Lebensalter vor Erwerbsunfähigkeit, vor Noth und Elend bei Dienstunfähigkeit durch Pension geschützt. Einem anderen Stande, dem Arbeiterstande, ist durch städtische Fürsorge vermittelst der Invaliditäts- und Altersrente Hilfe zu Theil geworden. Ein anderer Stand indessen, der Handels- und Gewerbestand, ist auf sich selber angewiesen, für ihn hat noch niemand etwas gethan, er muß den oft schweren Kampf ums Dasein ohne Hilfe führen. Glauben Sie mir, mancher der Geschäftstreibenden in unserem Orte sieht mit banger Sorge in die Zukunft, sein Verdienst ist gering, schwer wird es ihm oft, die theure Miethe zu erschwingen, geschweige denn so viel zu erübrigen, daß er dereinst, wenn er arbeitsunfähig geworden, von einer kleinen Rente leben kann. Er weiß nicht, was ihm die Zukunft für Noth noch bringt. Und gerade dieser Stand ist es, der am Ersten herangezogen wird zu den Steuern, auf der Steuerkraft dieses Standes beruht auch besonders die Erhöhung der Beamtengehälter. Die Beamten zahlen nur von der Hälfte ihres Diensteinkommens Gemeindesteuern, die Volksschullehrer dagegen haben bezüglich ihres Diensteinkommens gar keine Steuern zu zahlen. Durch volle Heranziehung der Steuerkraft der Handels- und Gewerbetreibenden ist es den Kommunen, und auch unserer Stadt, erst möglich geworden, die Beamten- und Lehrergehälter derartig aufzubessern, wie es geschehen ist. Der Handels- und Gewerbestand murrt nicht hiergegen, er beansprucht weder vom Staate, noch von den Kommunen materielle Hilfe. Aber es herrscht eine gewisse begreiflich erscheinende Bitterkeit in den Kreisen der Geschäftstreibenden darüber, daß gerade der Stand, dessen Gehälter durch Heranziehung der Steuerkraft des Handels- u. Gewerbestandes wesentlich und auskömmlich von uns aufgebessert worden sind, sich in Vereinen zusammenschließt, und vielfach gemeinschaftlich seine Bedürfnisse zum Lebensunterhalt von auswärts, von Konsum-Vereinen und großen Waarenhäusern anderer Städte bezieht, und dadurch die hiesigen Geschäftstreibenden schwer schädigt. Ich will nun zum Schluß hier bloß noch den Wunsch und die Bitte aussprechen, die Lehrer und die Gemeindebeamten, deren materielle Lage wir jetzt erheblich besser gestaltet haben, möchten doch ihren, so viele Steuern aufbringenden Mitbürgern gegenüber noch Recht und Billigkeit dem alten, guten Grundsatz: „Leben und leben lassen!" in Zukunft huldigen." Wir wünschen diesen beherzigenswerthen Aeußerungen die weiteste Verbreitung und Beachtung.

— Das Abgeordnetenhaus setzte die Berathung des Kultusetats beim Elementarschulwesen fort. Abg. Lückhoff wünscht, daß mehr als bisher Werth auf den Unterricht in der Pflanzkunde gelegt werde. Abg. Dauzenberg erklärt, der christliche Charakter der Volksschule sei noch nicht genügend gewahrt. Der Geistliche sei allein berufen, Religion zu lehren. Die Schulinspektoren seien oft Leute, die am kirchlichen Leben nicht theilnehmen. Kultusminister Bosse erklärt, von einer Entchristlichung der Volksschule in Preußen sei keine Rede. Es gebe nur noch wenige Simultanschulen. Wozu solle man Kampf proklamiren, wo auf dem Gebiete des Religionsunterrichts volles Einverständniß mit der Kirche herrsche. Abg. Schröter bringt einzelne Beschwerden der Polen vor, die Ministerial-Direktor Ziegler zurückweist. Der Abg. Weitekamp erklärte sich für Beseitigung der sogenannten gothischen oder deutschen Schrift und für die allgemeine Durchführung der lateinischen Schrift.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Wien, 14. März. Der socialistische Abgeordnete Cingo hatte gegen den Wachmann Glas Strafantrag gestellt, weil Glas den Abgeordneten Cingo, als dieser auf Anordnung des Präsidenten Abrahamovicz in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses gewaltsam aus dem Sitzungssaal entfernt wurde, die Treppen hinabgeschleift und mißhandelt hatte. Der Wachmann wurde dieserhalb heute vom Bezirksgericht zu vierzehntägigem Arrest verurtheilt.

Budapest, 14. März. Märzfeier. Die Socialdemokraten veranstalteten gestern eine Märzfeier mit einem Straßenumzuge und Massenversammlung. Im Zuge wurden ein paar Zettel getragen mit schwarzumränderter Inschrift: „Preßfreiheit gestorben im 50. Lebensjahre." In der Versammlung protestirten Redner gegen das Jubiläum der magyarischen Halbfreiheit und verkündeten unter Jubel einen Generalstreik, falls binnen zwei Jahren das allgemeine Wahlrecht nicht eingeführt ist.

Wieliczka (Galizien), 14. März. Hier haben Freitag und gestern Excesse gegen die Juden stattgefunden. Schon seit einigen Wochen gährte es in der Bevölkerung, und zwar seitdem durch den hierher versetzten Reichsraths-Abgeordneten P. Sapounder antisemitische Broschüren vertheilt wurden. Freitag Abends rotteten sich auf allen Straßen Leute zusammen, die jedem vorübergehenden Juden Drohungen und Beschimpfungen zuriefen. Gegen Abend vergrößerten sich diese Ansammlungen, und ein Zug von ungefähr 300 Menschen, darunter auch Frauen, zog zur Synagoge. Hier wurde Halt gemacht und ein Steinbombardement gegen die Fenster der Synagoge und die nebenan liegenden Häuser jüdischer Bürger eröffnet. Nicht eine Fensterscheibe blieb unverletzt. Die Juden konnten das Gotteshaus nicht verlassen. Erst nachdem es gelungen war, einen Boten zum Bezirkshauptmann zu entsenden und dieser in Begleitung von Gendarmen erschien, zerstreute sich die Menge. Die Belagerung der Synagoge hatte anderthalb Stunden gedauert. Gestern, Sonntag, rotteten sich, durch Zuzug aus der Umgegend verstärkt, wieder größere Massen zusammen und der Rummel fing von neuem an; es wurden wieder Fensterscheiben eingeschlagen. Die jüdischen Bewohner sind in große Angst versetzt.

Frankreich. Paris, 14. März. Samstag wurde in einem Vororte von Paris ein Mann Namens Haan verhaftet, welcher seit mehreren Monaten mit einem jungen Menschen dort gewohnt und sich als Gutsbesitzer aus Zürich gemeldet hat. Die Polizei soll festgestellt haben, daß Haan ein preußischer Offizier sei, der unter falschem Namen in Paris weilte, fortwährende Ausflüge in die Umgebung von Paris machte und die Festungswerke studirte. Haan sei ein angenommener Name. Die Identität des Mannes sei festgestellt. Der Verhaftete befindet sich wegen Spionage in Untersuchungshaft.

Vereinigte Staaten. Nach einer Meldung des „Daily Mail" aus Washington soll der Bericht über die Katastrophe auf dem Panzer „Maine" dem Präsidenten Mac Kinley am 22. d. M. zugestellt werden. Indessen sei Mac Kinley bereits seit 8 Tagen von dem Inhalt des Berichtes unterrichtet. Weiter meldet dasselbe Blatt, daß in Atlanta große militärische Kräfte zusammengezogen würden. An demjenigen Tage, an dem der Krieg mit Spanien erklärt werden sollte, könnten 25000 Mann sofort nach Cuba abgeschickt werden.

— Aus New-York wird gemeldet, daß im dortigen Hafen große kriegerische Vorbereitungen getroffen wurden und unterirdische Minen gelegt werden.

Australien. Die praktische Werthlosigkeit sozialdemokratischer Hirngespinnste wird abermals in schlagendster Weise dargethan durch den Bericht, den ein Mitglied des Ministeriums für New-Südwales, J. Garrard über eine Inspectionsreise erstattet, die ihn durch die sozialdemokratischen Ackerbau-Ansiedelungen Südaustraliens führte. Der genannte Minister äußerte sich über den Stand dieser Ansiedelungen sehr abfällig. Die Ansiedler seien, so berichtet er, mit christlichem Enthusiasmus für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ins Zeug gegangen, ein Erfolg aber war ihrer Bemühungen erst beschieden, nachdem sie die sozialdemokratischen Theorien über Bord geworfen und das Privateigenthum an Grund und Boden proclamirt hatten. Er führt u. A. als Beispiel eine Ansiedelung Namens Holder an, wo die Arbeitsamen unter den Genossen sich peremptorisch weigerten, „die Faulen auf ihrem Rücken mit zu schleppen". Ebendort kam es vor, daß die Unverheiratheten rebellirten, weil sie pro Mann nur eine Ration erhielten, indeß den Verheiratheten so viele Rationen geliefert wurden, als ihre Familie Köpfe zählte. Aus Verdruß ob dieser „unsozialdemokratischen" Eintheilung schieden die Unverheiratheten aus und begründeten eine neue Genossen-Ansiedelung. Wenn aber so die Apostel der neuen Zeit sich untereinander bekämpfen, und zwar in sehr prinzipiellen Fragen, braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Vertreter der alten Weltanschauung sich minder energisch der Realisirung sozialdemokratischer Weltbeglückungs-Ideen entgegenstemmen.

Locales.

(Wahrheitsgetreue Mittheilungen aus dem Leserkreise über erwähnenswerthe Begebenheiten aus Stadt und Land sind der Redaktion stets willkommen und werden auf Wunsch honorirt. Anonyme Zusendungen finden keine Aufnahme.)

Gleiwitz, den 15. März 1898.

Zwei Wochen umsonst erhält jeder den „Wanderer", der das Blatt bis jetzt abholte, es sich nun aber ins Haus bringen lassen will. Nachher kostet der „Wanderer", wie bei der Abholung, auch nur monatlich 60 Pfg.

*** **Soires Fly und Slade.** Morgen findet im Concerthause die bereits angekündigte Vorstellung von Fly und Slade statt, die wir nochmals aufs beste empfehlen. Die Leistungen des Paares auf dem Gebiete des Gedankenlesens sind uns als vorzügliche bekannt.

*** **Personalien.** Versetzt: Postassistenten Hergesell von Malisch nach Landeck, Lehnert von Slawentzitz nach Breslau. Postsekretäre Schindler von Cosel nach Berlin, Laske von Oppeln nach Cosel. — Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Geißler zu Cosel ist zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht zu Habelschwerdt zugelassen worden. — Die bei der katholischen Schule in Laske neuerrichtete zweite Lehrerstelle ist dem Lehrer Frembling aus Sakrau, Kreis Groß-Strehlitz, vom 16. März ab übertragen worden. — Ernannt zu Amtsrichtern: die Gerichtsassessoren Krüger zu Pleß, Ranft in Oppeln. — Stationsassistent Stussig in Groß-Strehlitz wird vom 1. April ab als Güterexpedient nach Königshütte versetzt. An seine Stelle tritt Herr Bolik aus Königshütte. — Stations-Assistent Fehler zu Beuthen wurde zum Güter-Expedienten ernannt und als Leiter der Güter-Abfertigungsstelle nach Ruda versetzt. — Ueberwiesen: Regierungsbaumeister Schmitz in Chorzow nach Beuthen zur Eisenbahn-Bauabtheilung. — Bestätigt: die Berufungsurkunde des Lehrers Doersel zu Schwinowitz, Kreis Gleiwitz. Endgültig angestellt: Lehrer Brodkorb zu Rudzinitz, Kreis Gleiwitz.

*** **Ein schlesischer Communalkonflikt** soll auf dem Wege der vorzeitigen Pensionirung des städtischen Oberhauptes seine Erledigung finden. Wir lesen in Provinzblättern: Friedland OS., 13. März. Die auf gestern Nachmittag anberaumte gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten wurde von Landrath von Sydow aus Falkenberg OS. geleitet und hatte zum Zweck der Festsetzung einer dem Bürgermeister Engel für den Fall seiner Amtsniederlegung zu gewährenden Pension. Die Verhandlungen erfolgten, einem Antrage des Vorsitzenden gemäß, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Außer über die Berathung ward auch bezüglich der der Bekanntgabe des Beschlusses strengstes Schweigen zur Pflicht ge-